



Arbeitsmarkt aktuell

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**

**Bereich
Arbeitsmarktpolitik**

07/2009

Juli 2009

Krise trifft Junge und Ältere besonders stark



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Postfach 11 03 73
10833 Berlin

Verantwortlich:
Annelie Buntenbach

Rückfragen an:
Dr. Wilhelm Adamy
Johannes Jakob
Silvia Helbig
Ingo Kolf

Telefon 030/240 60 729
Telefax 030/240 60 771
Mail: ais@dgb.de

Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist in der Krise für Jugendliche wie für Ältere besonders hoch. Arbeitslosigkeit trifft Jüngere wie Ältere derzeit härter als die Erwerbstätigen insgesamt. Ihre Arbeitslosigkeit stieg im Mai 2009 mehr als dreimal so stark an wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. Im Vergleich zum Mai letzten Jahres erhöhte sich die allgemeine Arbeitslosigkeit um 5,3 Prozent, bei den Jüngeren (15 bis 24 Jahre) um 16,1 Prozent und bei den Älteren (über 55 Jahre) sogar um 17,3 Prozent.

In Westdeutschland betragen die Steigerungsraten bei den Jüngeren sogar 24,5 Prozent und bei den Älteren 19,1 Prozent, bei einer allgemeinen Steigerung um 9,1 Prozent. Im Osten waren es 1,7 Prozent (Jüngere) bzw. 14,1 Prozent (Ältere), allerdings bei einem Rückgang der allgemeinen Arbeitslosigkeit noch um 1,7 Prozent. D.h. die Krise trifft auch im Osten zuerst die Jüngeren und Älteren. Aufgrund anderer Faktoren (weniger Industriearbeitsplätze und Geburtenrückgang nach der Wende) schlägt sich die Krisenbetroffenheit der neuen Länder in den Arbeitslosenzahlen zumindest derzeit noch nicht so deutlich nieder.

1. Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Jung und Alt

Die Arbeitslosigkeit zu Beginn und am Ende des Berufslebens entwickelt sich nicht etwa unterschiedlich, sondern weist überraschende Gemeinsamkeiten auf:

- Von der steigenden Arbeitslosigkeit sind bisher Jugendliche sowie die 55-Jährigen und Ältere stärker betroffen als andere Personengruppen.
- Nur knapp die Hälfte dieser Arbeitslosen wird von der Arbeitslosenversicherung (SGB III-Rechtskreis) betreut, während die andere Hälfte auf das Fürsorgesystem Hartz IV angewiesen (SGB II-Rechtskreis) ist.
- Mit der Krise verschieben sich aber die Gewichte etwas hin zur Arbeitslosenversicherung, da nach dem Verlust von Arbeitsplätzen i.d.R. in den ersten zwölf Monaten das Versicherungssystem zuständig ist.
- Sowohl bei den Jungen als auch bei den Älteren ist die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III innerhalb eines Jahres um rund ein Drittel angestiegen (Jüngere +33,1 Prozent, Ältere +31,7 Prozent). Zwischenzeitlich steigt für beide Altersgruppen aber auch die Arbeitslosigkeit im Hartz IV-System.
- Im Ost-West-Vergleich ist in beiden Altersgruppen ein weit stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit in den alten Ländern zu verzeichnen. Zugleich kommt der Arbeitslosenversicherung hier eine etwas größere Bedeutung zu, während in den neuen Ländern immer noch die deutliche Mehrheit durch die Hartz IV-Träger betreut wird.
- In beiden Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit mit dem Wachstumseinbruch bei den Männern deutlich stärker angestiegen als bei den Frauen.

Veränderung der Arbeitslosigkeit Jüngerer und Älterer (Mai 2008 – Mai 2009, in %)		
	Jüngere (unter 25 Jahre)	Ältere (55 Jahre und älter)
Insgesamt	+16,1	+17,3
Männer	+26,4	+24,4
Frauen	+2,8	+10,1

Quelle: BA, Analytikreport Mai 2009

Die sich für beide Altersgruppen nachhaltig verschlechternden Arbeitsmarktchancen stehen im Widerspruch zu der von Politik und Wirtschaft geforderten längeren Lebensarbeitszeit. Der Demografische Wandel und die damit prognostizierten besseren Chancen für Ältere (aufgrund einer alternden Gesellschaft und Belegschaft) und Jüngere (aufgrund geburten-schwacher Jahrgänge) hat bisher nicht verhindern können, dass beide Altersgruppen besonders von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind.

Die Älteren verlieren ihren Job, obwohl sie in einer alternden Gesellschaft angeblich

länger im Arbeitsleben gebraucht werden. Doch in der Krise trennen sich die Unternehmen schnell von Beschäftigten, die aus ihrer Sicht weniger leisten können. Da Vorruhestandsmöglichkeiten in den letzten Jahren abgebaut wurden, werden ältere Beschäftigte zunehmend arbeitslos.

Die Jüngeren verlieren ihren Job, weil sie nur befristet oder in Leiharbeit beschäftigt sind und ihre Verträge einfach auslaufen. Oftmals haben sie zu kurz gearbeitet um Arbeitslosengeld beziehen zu können und/oder zu wenig verdient und müssen direkt Hartz IV-Leistungen beantragen.

Arbeitslose Jüngere und Ältere nach Rechtskreisen, Mai 2008 – Mai 2009						
	Jüngere unter 25 Jahre			Ältere 55 – 64 Jahre		
	<i>insgesamt</i>	<i>SGB III</i>	<i>SGB II</i>	<i>insgesamt</i>	<i>SGB III</i>	<i>SGB II</i>
Mai 08	315.848	131.488	184.360	427.221	183.815	243.406
Mai 09	366.655	174.964	191.691	500.957	242.057	258.900
Veränderung	+16,1%	+33,1%	+4,0%	+17,3%	+31,7%	+6,4%

Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis von BA-Daten

2. Überdurchschnittliche Arbeitslosenquote

Zwar ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen insgesamt noch unter dem Durchschnitt aller Personengruppen. Dies liegt aber ausschließlich an der niedrigen Arbeitslosenquote der Jüngeren zwischen 15 und 20 Jahren, die noch eine Schule besuchen oder einen Ausbildungsplatz suchen und dann meist nicht als arbeitslos zählen. Die nach wie vor ungünstige Ausbildungssituation in den Betrieben zwingt Jugendliche auch vielfach zum Ausweichen in das Bildungssystem oder in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung.

Ungeachtet dieser Defizite bietet das duale Ausbildungssystem einen im internationalen Vergleich (noch) relativ guten Übergang in den Beruf. Mit der Schwere und Dauer der Wirtschaftskrise drohen sich die Probleme aber auch hier zu verschärfen.

Schon in der Hochkonjunkturphase bis 2008 hat die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze nicht ausgereicht, um alle Bewerberinnen und Bewerber zu versorgen. Mit der Krise geht auch die Zahl der Ausbildungsplätze zurück. Derzeit zeichnet sich ab, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen um 50.000 auf 570.000 zurück gehen könnte, im Vergleich zum Vorjahr. Schon im letzten und vorletzten Jahr haben sich insgesamt 320.000 Jugendliche bereits erfolglos beworben.

Bisher konzentrieren sich die Zuwächse bei der Jugendarbeitslosigkeit auf Jugendliche in der Altersgruppe 20 bis 24 Jahre. Die Quote ist hier im Vorjahresvergleich mehr als dreimal so stark gestiegen wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Mit 9,3 Prozent lag sie im Mai mehr als doppelt so hoch wie bei den unter 20-Jährigen (3,9 Prozent). Die hohe Arbeitslosigkeit der Jugendlichen beruht überwiegend auf den

Übergangsproblemen nach der Ausbildung („Zweite Schwelle“). Junge Beschäftigte werden entweder nicht übernommen (jede/r vierte wird in konjunkturell schlechten Zeiten erst einmal arbeitslos) oder nur kurzfristig beschäftigt (oft in Leiharbeit) so dass sie in der Krise schnell von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Bundesweit lag die offizielle Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen im Mai 09 bei 7,6 Prozent, bei den Jugendlichen zwi-

schen 20 und 24 Jahren sogar bei 9,3 Prozent. In Ost und West zeigen sich diese Unterschiede gleichermaßen, bei einem insgesamt immer noch deutlich höheren Niveau der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern. In Ostdeutschland lag die Arbeitslosenquote der 20 bis 24-Jährigen mit 14,8 Prozent fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Jeder sechste bis siebte Jugendliche ist hier bereits an der „zweiten Schwelle“ von Arbeitslosigkeit betroffen.

Arbeitslosenquoten Jüngerer und Älterer in Deutschland, Mai 2009 in %				
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %-Punkten	Westen	Osten
Alle zivilen Erwerbspersonen	8,2	+ 0,4	6,9	13,3
darunter				
15 – 24-Jährige	7,6	+ 1,0	6,4	12,5
20 – 24-Jährige	9,3	+ 1,4	7,8	14,8
50 – 64-Jährige	8,6	+ 0,1	7,1	14,3
55 – 64-Jährige	8,6	+ 0,8	7,0	14,5

Quelle: BA-Statistik

Bei den Älteren ist die Arbeitslosigkeit in den rentennahen Jahrgängen über 55 Jahre ebenfalls stärker gestiegen und weit überdurchschnittlich. Mit einer Quote von 8,6 Prozent erhöhte sie sich gegenüber dem Vorjahr bundesweit um 0,8 Prozentpunkte. Der Anstieg war damit doppelt so hoch wie bei der allgemeinen Arbeitslosenquote.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach der Änderung der sog. 58er-Regelung die Altersarbeitslosigkeit offener erkennbar ist als zuvor. Bis Ende 2007 konnten sich Arbeitslose ab 58 Jahren von der Arbeitsvermittlung faktisch abmelden, womit sie auch nicht mehr als arbeitslos zählten. Diese Regelung wurde (nur) für den Bereich des SGB II ersetzt durch eine Sonderregel, wonach Arbeitslose ab 58 Jahre, denen innerhalb von 12 Monaten keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten werden konnte,

aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik verschwinden. Diese Regelung greift seit Anfang 2009 und bis Juni waren schon knapp 30.000 über 58-Jährige betroffen. Die Arbeitslosenstatistik für Ältere ist damit „ehrlicher“ als zuvor, bildet aber die wahre Unterbeschäftigung dieser Altersgruppe weiterhin nur unvollständig ab. Zwischen den Landesteilen zeigen sich ebenso deutliche Unterschiede.

In den neuen Ländern ist das Risiko der Arbeitslosigkeit auch bei den Älteren mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Einmal arbeitslos, haben Ältere bei sich verschärfender Beschäftigungskrise nahezu keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt.

3. Dauer der Arbeitslosigkeit und Qualifikation

Arbeitslosigkeit tritt bei Jüngeren häufiger ein als bei Älteren, dauert im Schnitt aber auch kürzer. „Nur“ jeder vierte bis fünfte Jugendliche ohne Arbeit ist bereits länger als sechs Monate arbeitslos im Vergleich zu mehr als 60% bei den über 55-jährigen Arbeitslosen. Allerdings müssten junge Menschen unter 25 Jahren laut Hartz IV-Gesetz (SGB II) eigentlich „unverzüglich“ nach Beantragung von ALG II in Arbeit, Ausbildung oder eine Maßnahme vermittelt werden. Bei den Älteren ist das Verbleibsrisiko in Arbeitslosigkeit deutlich höher als bei den Jüngeren. Über 40 Prozent der über 50-jährigen Arbeitslosen sind länger als ein Jahr ohne Arbeit; gut 24% schon länger als zwei Jahre.

Zu berücksichtigen ist dabei allerdings das deutlich höhere Niveau der Arbeitsförderung bei Jugendlichen, das zu einer zumindest statistischen Beendigung der Arbeitslosigkeit führt. Bei beiden Altersgruppen gibt es Zuwächse insbesondere bei jenen Arbeitslosen mit bisher nur kurzer Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Mit der Dauer der Krise werden sich die Arbeitslosigkeitsphasen deutlich verlängern.

In der Krise verschärft sich die Situation insbesondere für Personengruppen, die ohnehin auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Schnell zu Opfern betrieblicher Selektionsprozesse werden neben Älteren insbesondere gering Qualifizierte, da die Unternehmen hauptsächlich Interesse daran haben, gut qualifizierte Fachkräfte zu halten. Auch deshalb sind Jüngere überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, weil hier die grundlegenden Qualifikationen wie Schul- und Berufsabschluss noch nicht vorliegen bzw. fraglich ist, ob diese noch erreicht werden können.

Im Mai 2009 hatte mehr als jeder vierte Arbeitslose (26,5%) unter 25 Jahren im

Hartz IV-System keinen Schulabschluss, in der Arbeitslosenversicherung „nur“ rund jeder Elfte (9%). Mehr als jeder zweite Arbeitslose (54,6%) im Hartz IV-System hat keinen Berufsabschluss. Insgesamt haben 1,5 Mio. junge Erwachsener zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss; von diesen wiederum zugleich ein Drittel auch keinen Schulabschluss. 15% eines Jahrgangs bleiben ohne Berufsausbildung. Dabei haben Ungelernte ein fünfmal höheres Risiko arbeitslos zu werden als Arbeitnehmer mit Berufsausbildung. Bildungsarmut führt oft zu Arbeitslosigkeit und sozialer Bedürftigkeit und umgekehrt. Um die Beschäftigungschancen dieser jungen Menschen zukünftig zu verbessern, muss mehr in Weiterbildung und den Erwerb von Schul- wie Berufsabschlüssen investiert werden.

Angesichts des hohen Anteils Jüngerer ohne Schul- und Berufsabschlüsse ist erkennbar, dass die Bildungsexpansion zwischenzeitlich gestoppt ist - trotz aller Diskussionen um die Notwendigkeit von Bildung. Dies zeigt auch die weit unterdurchschnittliche Beteiligung Älterer an betrieblicher Weiterbildung. Trotz des Wandels zur Wissensgesellschaft und des prognostizierten Fachkräftemangels ist die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens und der Beschäftigung auch Älterer offenbar noch nicht ausreichend in den Unternehmen angekommen. Die faktische betriebliche Personalpolitik steht allzu oft in auffälligem Gegensatz zu den in Hochglanzbroschüren und Reden erhobenen Postulaten von Unternehmerfunktionären.

Dauer der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und älteren Arbeitslosen Mai 2009 in %		
	unter 25 Jahre	50 – 64 Jahre
weniger als 3 Monate arbeitslos	51,2	23,7
3 bis 12 Monate arbeitslos	43,7	36,0
länger als 12 Monate arbeitslos	5,1	40,3

Quelle: BA-Statistik

4. Zugänge in und Abgänge aus Arbeitslosigkeit

Von den 3,4 Mio. Arbeitslosen im Mai waren 929.273 über 50 Jahre alt (darunter 500.957 über 55 Jahre) und 366.655 unter 25 Jahre alt. Im Verlauf dieses Jahres haben jedoch schon wesentlich mehr Menschen durch die Wirtschaftskrise ihren Arbeitsplatz verloren, als es der Anstieg der Bestandszahlen anzeigt. Gerade Jugendliche verlieren schnell ihren Arbeitsplatz, finden aber auch relativ häufig schneller wieder eine Beschäftigung. D.h. der Arbeitslosenbestand schlägt sich schneller um als bei anderen Altersgruppen. So sind bereits in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ca. 300.000 Jugendliche aus Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos geworden. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich ihre Zahl um 15 Prozent erhöht. Etwas weniger stark gestiegen ist bisher (noch) die Zahl der Jugendlichen, die aus betrieblicher oder außerbetrieblicher Ausbildung heraus arbeitslos geworden sind. Dies wird sich im Herbst jedoch ändern, wenn das Ausbildungsjahr endet und zu befürchten ist, dass noch mehr Ausgelernte aufgrund der Krise nicht übernommen werden.

Stark rückläufig ist demgegenüber die Zahl der Jugendlichen, die aus Arbeitslosigkeit heraus in den ersten fünf Monaten dieses Jahres einen neuen Job haben finden können. Ihre Zahl hat sich im Vorjahresvergleich um 11 Prozent verringert. Bei den Älteren (über 50-Jährige) konnten

bis Mai 2009 immerhin knapp 2% mehr aus der Arbeitslosigkeit heraus einen Arbeitsplatz finden als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass unter Erwerbstätigkeit auch geförderte Beschäftigungsmaßnahmen fallen. So sind allein 64.000 über 50-Jährige in sog. 1-Euro-Jobs der Argen (Optionskommunen kommen noch hinzu); das entspricht einem Anteil Älterer an allen 1-Euro-Jobs von über 28%. 1-Euro-Jobs mit einer Laufzeit von drei Jahren sind sogar auf die Altersgruppe der über 58-Jährigen beschränkt. Außerdem wachsen aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung relativ geburtenstarke Jahrgänge von unten in die Gruppe der über 50-Jährigen nach.

Diese „jungen Alten“ sind zudem in der Regel gut ausgebildet. Deshalb dürfte die Abgangswahrscheinlichkeit in Erwerbstätigkeit höher sein als in früheren Jahren. Von den 50-jährigen und älteren Beschäftigten haben in den ersten fünf Monaten dieses Jahres sogar ca. 378.000 Arbeitskräfte ihren Job verloren. Dies sind 28,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Diese hohe Zugangszahl zeigt, wie hoch das Risiko des Arbeitsplatzverlustes für ältere Arbeitnehmer ist. Auch sie werden trotz der Kündigungsschutzregelungen immer noch schnell von den Betrieben aussortiert.

Zugang Jüngerer und Älterer in Arbeitslosigkeit				
	unter 25 Jahre		über 50 Jahre	
	01-05/2009	Veränderung zum Vorjahr	01-05/2009	Veränderung zum Vorjahr
aus Erwerbstätigkeit	304.142	+15,0%	378.310	+28,6%
aus betrieblicher Ausbildung (Ältere aus Qualifizierung)	73.462	+9,4%	105.339	+31,7%

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der BA Statistik

Abgang Jüngerer und Älterer aus Arbeitslosigkeit				
	unter 25 Jahre		über 50 Jahre	
	01-05/2009	Veränderung zum Vorjahr	01-05/2009	Veränderung zum Vorjahr
in Erwerbstätigkeit	242.724	-11,0%	233.318	+2,0%
in betriebliche Ausbildung (Ältere in Qualifizierung)	11.126	+2,7%	111.418	+38,8%

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der BA Statistik

5. Zusammenfassung

Von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt sind bisher Jüngere unter 25 Jahren sowie Ältere über 55 Jahre besonders betroffen. Bei Jüngeren und Älteren stieg im Mai 2009 die Arbeitslosigkeit mehr als dreimal so stark an wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. In beiden Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit besonders im Westen gestiegen und betrifft deutlich mehr Männer als Frauen.

In der Krise trennen sich die Unternehmen zuerst von Beschäftigten, deren Beschäftigungsschutz relativ gering ist (z.B. Zeitarbeiter, befristet Beschäftigte), was oft junge Arbeitnehmer/innen betrifft. Zweitens sind Beschäftigte betroffen, die aus Arbeitgebersicht scheinbar weniger leisten können. Das sind leider immer noch ältere Beschäftigte. In Verbindung mit auslaufenden vorruhestandsähnlichen Regelungen werden ältere Beschäftigte somit

zunehmend arbeitslos, ohne dass der Kündigungsschutz dies verhindern konnte. Die „neuen“ Arbeitslosen beider Altersgruppen führen zunächst zu einem Aufwuchs der Arbeitslosen im SGB III-Rechtskreis und dann zeitverzögert im SGB II. Das Risiko, dauerhaft in Arbeitslosigkeit zu verbleiben, ist für Ältere deutlich höher. Bei Jüngeren tritt dafür stärker das Problem auf, direkt aus Erwerbstätigkeit in Hartz IV-Bedürftigkeit abzurutschen, da sie noch keinen Versicherungsschutz über die Arbeitslosenversicherung aufbauen konnten.

Für Jüngere wie Ältere wird sich die Situation voraussichtlich noch weiter verschärfen. Die Zahl der Ausbildungsplätze geht in der Krise zurück und Ausgelernte werden seltener übernommen. Aus dem engen Zusammenhang von Bildungsniveau und Arbeitsmarktrisiko werden bisher nur unzureichend Konsequenzen gezogen. Die betriebliche Weiterbildung lässt gerade bei den Risikogruppen Geringqualifi-

zierte und Ältere noch viel zu tun übrig. Die Arbeitsmarktsituation der Älteren wird sich vor dem Hintergrund der Anhebung des Rentenalters, den Einschnitten bei der Erwerbsminderungsrente und dem Auslaufen der BA-geförderten Altersteilzeit eher noch verschlechtern. Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut im großen Umfang drohen, wenn Betriebe und Politik nicht umdenken.

6. Forderungen des DGB

Verbesserungen der Arbeitsmarktlage Jugendlicher müssen bereits frühzeitig eingeleitet werden. Dazu zählt eine Verbesserung der schulischen Bildung. Die Bundesländer müssen mehr in die schulische Bildung investieren und ein Sofortprogramm zur Verringerung der Schulabbrecher-Zahlen vorlegen. Die beim Bildungsgipfel zwischen Bundesregierung und Bundesländer vereinbarte Halbierung der Schulabbrecherzahl muss durch einen verbindlichen Fahrplan, wer was bis wann macht, konkretisiert werden. Die Länder müssen aktiv werden und für ihren Bereich in die Nachweispflicht genommen werden. Bundesweite Durchschnittszahlen sind nicht hinreichend.

Der sich für dieses Ausbildungsjahr abzeichnende Rückgang bei der Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze muss verhindert werden. Hier sind die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen. Zumindest müssen sie ihren Verpflichtungen aus dem Ausbildungspakt nachkommen. Nur wenn trotz aller Anstrengungen die Ausbildungsplatzlücke in der Krise nicht zu vermeiden ist, müssen außerbetriebliche Angebote vorübergehend die Lücke füllen.

Der gewerkschaftlichen Forderung nach Einbeziehung von Ausgelernten und befristet Beschäftigten in die geförderte Kurzarbeit ist der Gesetzgeber inzwischen nachgekommen.

Der neue Rechtsanspruch auf Nachholung des Hauptschulabschlusses muss ergänzt und auf eine Steuerfinanzierung umgestellt werden. Denn bisher sind es nur die Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung, die für schulische Versäumnisse nachträglich aufkommen müssen.

Dabei ist Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Allen zu finanzieren ist. Wir brauchen zudem ein Erwachsenen-Bafög, denn lebenslanges Lernen muss die Möglichkeit beinhalten, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen. Dafür braucht es ein abgestuftes System von staatlichen Zuschüssen und Darlehen. Für Geringqualifizierte ist darüber hinaus ein steuerfinanziertes Sofortprogramm zum Nachholen eines Berufsabschlusses für Beschäftigte notwendig.

Damit gerade junge Menschen in den Schutz der Arbeitslosenversicherung gelangen können, muss die Rahmenfrist für den Arbeitslosengeldanspruch von zwei auf drei Jahre verlängert werden. Das hilft, Beschäftigte mit Kurzzeit-Verträgen besser abzusichern.

Bei den Älteren muss alles getan werden, um den Verlust des Arbeitsplatzes zu vermeiden. Sollte dies nicht zu verhindern und eine Rückkehr in den 1. Arbeitsmarkt auch mit Förderung nicht realistisch sein, ist öffentlich geförderte Beschäftigung in sozialversicherungspflichtiger Form die bessere Alternative zu Arbeitslosigkeit und 1-Euro-Jobs. Zudem sollte eine Erwerbsminderungsrente auch dann in Betracht kommen, wenn im konkreten Fall kein Arbeitsplatz angeboten werden kann.

Die BA-geförderte Altersteilzeit muss verlängert werden, weil sie eine Brücke in Beschäftigung für Jüngere und in einen Ruhestand in Würde für Ältere sein kann. Sie sollte stärker auf die Einstellung von Azubis fokussiert werden.